

## Schulorganisation neu

Am 5. November 2015 fand im Haus der Industrie eine von der Initiative Neustart Schule organisierte Fact Finding Mission zum Thema Schulorganisation neu statt.

Rechnungshofpräsident **Dr. Josef Moser** stellt in seinem Einführungsvortrag „Effizientere Verwaltung – mehr Geld für die Schule“ die derzeitige Problematik der Schulverwaltung dar. Mehr Geld für das Bildungsbudget bedeute nämlich keineswegs, dass dieses Geld auch bei den Schülerinnen und Schülern ankomme.

Seit 2004 wurden vom Rechnungshof 60 Prüfungen im Bildungsbereich durchgeführt. In Österreich sei das Lehrer – Schüler Verhältnis im OECD Vergleich besonders gut, die Unterrichtsverpflichtung hingegen unterdurchschnittlich. Bei der Schulautonomie liege Österreich im letzten Viertel.

**Moser** listet sieben Problemfelder auf:

- Doppelgleisigkeit der Verwaltung durch Bund – Länder – Gemeinden

Der Landesschulrat ist unmittelbare Bundesbehörde. Der Landeshauptmann ist Präsident, er ernennt einen amtsführenden Präsidenten, der ihm verantwortlich ist, aber eigentlich auch dem Ministerium. Der Vizepräsident darf fast nichts, wird aber bezahlt. Die Kollegien sind parteipolitisch besetzt, ihr Aufgabenbereich könnte anderweitig wahrgenommen werden.

Die Abschaffung der Bezirksschulräte 2014 brachte finanziell nichts. Für die Verwaltung der neuen Mittelschule sind sechs Abteilungen des Bundes und Abteilungen der Länder zuständig. Die Länder stellen mehr Lehrkräfte als vereinbart an, der Bund muss sie bezahlen. Beim Lehrpersonal der land- und forstwirtschaftlichen Schulen sind zwei Ministerien zuständig.

- Dienstrecht

Es gibt dienst- und besoldungsrechtliche Unterschiede zwischen Bundes- und Landeslehrern. Das wirkt sich vor allem bei der Neuen Mittelschule aus, die in diesem Schultyp gemeinsam unterrichten (sollten). Die Bundeslehrerinnen und -lehrer unterrichten kürzer, verdienen aber mehr Geld. Das neue Dienstrecht wird erst 2019/20 voll wirksam.

- Leitungsverantwortung

Es gibt wenig Autonomie aber eine enorme Zahl an Schulversuchen. Der Schulversuch „alternative Leistungsbeurteilung“ läuft seit 50 Jahren. Man hat zu wenig Kenntnis über die Effektivität dieser Versuche. In den meisten Schulen fehlt ein mittleres Management. Die Administration wird ebenfalls von Lehrer/innen ausgeübt.

- Personalsteuerung und Controlling

Die Kosten für NMS (7 200 €) und AHS (4 700 €) sind unterschiedlich. Die Effizienz der höheren Kosten ist aber einem Evaluierungsbericht zu Folge nicht gegeben.

- Aus- und Fortbildung

Sie erfolgt an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten, zwei Ministerien sind zuständig. Für die PHs sind im BMBWF 42 Abteilungen, sechs Sektionen und ein Bereich verantwortlich.

- Schulaufsicht und Schulqualität

Die Schulaufsicht liegt in der Bundeskompetenz, ist nach Schultypen unterschiedlich geregelt. Nur das Qualitätssicherungssystem im BHS Bereich funktioniert sehr gut.

- Schulerhalter- und Schulgebäudemanagement

Grundsätzliche Kompetenz beim Bund, die Ausführung liegt bei den Ländern. Durch die Schulsprengel gibt es für die Eltern nur sehr eingeschränkte Wahlmöglichkeiten und dadurch kaum Wettbewerb. In Tirol soll eine Schule auch bei Absinken der Schülerzahl auf drei nicht geschlossen werden.

Bei den Schulärzten ist für die Bundesschulen der Bund, für die Pflichtschulen das Land oder die Gemeinde zuständig. Impfen dürften Schulärzte nicht, nur Amtsärzte.

Strukturelle Reformen seien absolut notwendig! Es gehe darum, wer etwas am besten und am effizientesten machen könne.

An der **Podiumsdiskussion** unter der Leitung von Bernhard Gaul (Kurier) nehmen Dr. Hannes Androsch (Initiator des Bildungsvolksbegehrens), Mag. Elisabeth Grossmann (Bildungssprecherin SPÖ), Brigitte Jank (Bildungssprecherin ÖVP), Mag. Georg Kapsch (Industriellenvereinigung) und Dr. Josef Moser teil.

**Kapsch** meint, Mosers Bericht habe gezeigt, dass viel im Argen liege und eine Revolution nötig sei. Der 17. 11. werde die Nagelprobe sein, ob zumindest ein erster Schritt gelingt. Er wünscht sich finanzielle und pädagogische Autonomie für die Schulen, die Verlagerung der Schulverwaltung komplett in die Bundeskompetenz, die Formulierung von Bildungszielen und Entwicklung von Bildungsstrategien. Auch über die Trägerschaft solle diskutiert werden.

**Androsch** spricht sich für den Ausbau der Elementarpädagogik (2. verpflichtendes Kindergartenjahr), für Ganztagschulen, für mehr Autonomie aus. Das Landeslehrersystem sei „glanzvoll gescheitert“, hier liege ein Einsparungspotential von 800 Millionen €. Wenn der 17. 11. kein Erfolg werde, sei die gesamte Regierung gescheitert.

**Grossmann** bedankt sich für den Rückenwind durch die Industriellenvereinigung und das Team des Volksbegehrens. Auch der Rechnungshof sei eine wertvolle Stütze auf die man aufbauen könne. Die Verwaltungsreform müsse „Geld für die Kinder freischaufeln“. Da gelte es aber die Landeshauptleute zu überzeugen. Zwischen dem teuren Modell der totalen Verländerung und dem der Bundesverwaltung liege ein Einsparungspotential von 450 Mio. €. Bei der Bildungspolitik prallen Welten aufeinander, der Druck werde aber immer größer, dass etwas passieren müsse.

**Jank** sieht die Ergebnisse des 17. 11. als gemeinsames Commitment der Bundesregierung. Allen sei klar, dass Veränderungsbedarf bestehe, es werde aber Zeit brauchen bis die Umsetzung wirksam werde. Sie verweist auf das Trägermodell in den Niederlanden, wo es ein klares System der Verantwortlichkeiten gebe. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden dort permanent gemessen. Die Digitalisierung werde in Österreich noch viel zu wenig diskutiert. Das System müsse die Selbstkraft der Schulen stärken. Nach vier Jahren sollte das gelungen sein.

**Moser** fordert für den 17. 11. eine klare Festlegung dessen was man wolle, nicht nur kosmetische Eingriffe.

**Androsch** und **Grossmann** sprechen sich eindeutig gegen eine Verländerung aus, **Kapsch** bedauert die totale Verpolitisierung des derzeitigen Systems. Wenn sich das nicht ändere, werde alles scheitern. **Jank** wünscht sich eine realistische Diskussion, rascher Applaus sei nicht so wichtig. Die Abschaffung der Kollegien und die Einführung der finanziellen Autonomie könne aber sehr rasch erfolgen. **Moser** meint, dass jede Bildungsreform bisher am Thema „wer ist wofür zuständig“ scheiterte, da alle nur ihre persönlichen Interessen sahen. Man versuche sich immer an den Strukturen vorbei zu schummeln. Das Geld werde den Kindern und Jugendlichen weggenommen um die Strukturen zu bedienen. Die Bundesministerin könne ihre Ausgaben nicht mehr bedecken. **Jank** ist es egal, wer die Lehrer verwaltet. Der Bund erfülle derzeit aber seine Aufgabe als Dienstgeber nicht, denn er schaffe keine geeigneten Arbeitsplätze. Schulleiter/innen sollten sich ihr Lehrpersonal aussuchen können. **Kapsch** erwidert, dass beim Trägermodell der Bund nicht mehr Dienstgeber wäre.

Ein **Lehrer** aus dem Publikum meint, dass die Landeshauptleute nie einer Beschneidung ihrer Macht zustimmen werden. Er fragt, ob man wirklich glaube, dass die Politik es bewerkstelligen könne, die Politik, also sich selbst, aus der Schule herauszuhalten. **Kapsch** antwortet, dass die Politik die Vorgaben geben solle, aber nicht in die Ausführung eingreifen dürfe. Die Zivilgesellschaft müsse ihren Unmut deutlich artikulieren. **Grossmann** berichtet von enormen Interventionen bei Direktorenbestellungen in der Steiermark in die auch die Eltern einbezogen sind.

**HR Mag. Heidi Schrod**t sieht auch Gefahren in der Autonomie wenn es für die Direktor/innen keine weitere Unterstützung gebe. Das gelte vor allem im Pflichtschulbereich. Sie fragt, auf welcher Ebene Bildungsdirektionen angesiedelt werden sollten. **Moser** stellt sich eine gemeinsame Verwaltung der Bundes- und Landeslehrer und -lehrerinnen durch dieses Gremium vor.

Der amtsführende Präsident des Landesschulrates in Niederösterreich spricht sich für eine deutliche

Trennung zwischen Bildungsreform und Verwaltungsreform aus. Andere Länder würden Österreich um das gute berufsbildende Schulwesen beneiden. Er verstehe nicht, was am Zentralismus gut sein solle, er sehe in der „Verbundlichung“ eine gefährliche Drohung. Motivation für alle Beteiligten sei wichtig und Stärkung der Lehrerpersönlichkeit. Problematisch sei auch, dass in der neuen Pädagog/innenbildung die Sonderpädagogik nur mehr ein Wahlmodul ist. **Kapsch** antwortet, dass der Föderalismus viel Geld koste und **Moser** beanstandet, dass es keine klare Verantwortung gebe. Ein amtsführender Präsident werde immer ein Diener zweier Herren sein.

**Univ. Prof. DDr. Christiane Spiel** wünscht sich, dass klar gemacht werde, dass die Ergebnisse des 17. 11. nur ein erster Schritt sein können und dass feststehen müsse, wer sich an der Implementierung beteiligen muss.

Auf die Frage des **Moderators**, was am 17. 11. als ein Erfolg angesehen werden könne, meint **Moser**, wenn er ein in die Zukunft gerichtetes Konzept erkennen könne, das das Jahr 1962 vergessen mache. **Grossmann** wartet, was die Regierung vorlege, dann werde das Parlament beraten. Sollten die Vorschläge nicht passen, werde es keine Zustimmung ihrer Partei geben. **Jank** pflichtet dem bei. In Hinkunft müssten die Schüler/innen Lesen, Schreiben und Rechnen und die digitalen Kompetenzen während ihrer Schullaufbahn erwerben. Menschen aus Wirtschaft, Kunst, Kultur und Sport sollten stärker in die Schulen geholt werden. **Androsch** erhofft sich mehr Unterstützung als er seinerzeit beim Volksbegehren durch das Parlament bekommen hat. **Kapsch** appelliert „Hinaus aus den ideologischen Gräben, hin zu einer Sachdiskussion!“ Der 17. 11. sollte die Abschaffung der mittelbaren Bundesverwaltung bringen und müsse der Beginn eines entscheidenden Weges für die Zukunft des Landes sein.

*Dr. Christine Krawarik*